

30 Gigawatt nötig

[14.01.2022] Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag höhere Ziele für die Offshore-Windenergie fixiert. Um diese zu erreichen, wäre nach einer Analyse mehrerer Branchenverbände bis zum Jahr 2030 ein Zubau von 30 Gigawatt nötig.

2021 fand kein Zubau von Windenergieanlagen in der deutschen Nord- und Ostsee statt. Die neue Regierung hat im Koalitionsvertrag höhere und langfristige Ziele fixiert. Diese müssten nun umgehend Eingang in das Wind-auf-See-Gesetz finden, um weitere Zeitverluste zu vermeiden, so die Branchenverbände Bundesverband WindEnergie (BWE), Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore, Stiftung Offshore-Windenergie, VDMA Power Systems und WAB. „Das Bekenntnis der Ampel-Koalition zum deutlich schnelleren Ausbau der Offshore-Windenergie ist ebenso richtig wie die konkrete Zielvorgabe von mindestens 30 Gigawatt bis 2030. Diese Zielsetzung schafft eine positive Perspektive für die gesamte Wertschöpfungskette“, kommentieren die Branchenorganisationen. „Nun sollte umgehend die Netz- und Flächenplanung für die Umsetzung des anvisierten Ausbaupfads überarbeitet werden. Es muss dabei darum gehen, alle Beschleunigungspotenziale zu heben, um einen wirtschaftlichen und Klimaschutzgerechten Ausbau zu ermöglichen.“

Die geplanten Ausschreibungsmengen müssen schnellstmöglich deutlich erhöht werden, um das vorhandene Innovationspotenzial sowie die Beschäftigung und Wertschöpfungskette in Deutschland zu erhalten und auszubauen. Darüber hinaus müssen die Flächenpotenziale in deutschen Gewässern voll ausgeschöpft werden. Es sollte bei Nutzungskonflikten um pragmatische und klimaschutzfreundliche Lösungen gehen, nicht zuletzt im Sinne des Umweltschutzes. Es gilt zudem, einen Ausbau-Stau am Ende des Jahrzehnts zu vermeiden, der zu Engpässen in der Lieferkette führen könnte und die Kapazitätsplanung der Industrie vor Herausforderungen stellen würde – zumal auch andere Märkte ihre Ausbauziele erhöht haben. Die schnelle Umsetzung innovativer Konzepte kann ebenfalls dabei helfen, die höheren Ziele zu erfüllen. Hierzu zählt, bei den Offshore-Wind-Netzanbindungen schon früher als bisher geplant mit dem Bau der Systeme mit zwei Gigawatt (GW) zu beginnen. Das Potenzial deutscher Gewässer muss voll ausgeschöpft werden, und auch europäische Lösungen wie grenzübergreifende Projekte sind hilfreich, um ausreichend Erzeugung zu erlangen. Dies erhält und schafft qualifizierte Arbeitsplätze in der Wertschöpfungskette im gesamten Bundesgebiet. Die Bundesregierung sollte frühzeitig klären, welchen zusätzlichen Offshore-Wind-Ausbaubedarf das auf zehn GW erhöhte Ziel für die Elektrolysekapazität für grünen Wasserstoff notwendig macht. Diese Flächen sollten ebenfalls umgehend lokalisiert und zügig ausgeschrieben werden. Der Regulierungsrahmen für grünen Wasserstoff bedarf gemeinsam abgestimmter Vorgaben in Deutschland und Europa, um den Markthochlauf der grünen Wasserstoffwirtschaft wirtschaftlich möglich zu machen.

(ur)